

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/104

1. Juni 1973

Weder Sieger noch Besiegte

Zum Abschluß der Verhandlungen zwischen Bonn
und Prag

Seite 1 / 34 Zeilen

Adolf Arndt - ein Anwalt der Gerechtigkeit

Der Deutsche Anwaltsverein traf eine würdige
Entscheidung

Von Gerhard Jahn MdB
Bundesminister der Justiz

Seite 2 / 32 Zeilen

Hamburg nutzt seine Chance

Fortschrittliche Städtebaupolitik - beispiel-
gebend für die Bundesrepublik

Von Peter Schulz
Erster Bürgermeister der Freien und Hanse-
stadt Hamburg

Seite 3 und 4 / 101 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt - Staatsmann der Realität und
Weitsicht (III und Schluß)

Von Ing. Gustav Vlahov
Vizepräsident der jugoslawischen Bundesver-
sammlung

Seite 5 bis 7 / 139 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 488
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 866 846 / 866 847
866 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Weder Sieger noch Besiegte

Zum Abschluß der Verhandlungen zwischen Bonn und Prag

In Zukunft wird es den fruchtlosen Streit über die Auslegung des Münchner Abkommens, Vorstufe zur Auslösung des Zweiten Weltkrieges, nicht mehr geben. Im Bewußtsein Europas ist es als ein Akt räuberischer Erpressung eingegangen. Die jahrelangen Auseinandersetzungen, ob das Münchner Abkommen von Anfang an ungültig war, führten zu nichts und blockierten den Weg für politisch-konstruktives Handeln. Dieses Abkommen war von Anfang an ungerecht und ist nun nichtig.

Mit dem Abschluß der Verhandlungen zwischen Bonn und Prag, deren vorliegende Texte in Bälde paraphiert werden, sind die Schatten einer düsteren Vergangenheit zwischen Deutschen und den Völkern der Tschechoslowakei gebannt worden. Es gibt hier weder Sieger noch Besiegte. Die Bundesregierung nahm recht sorgfältig und gewissenhaft die Obhutspflicht für die in der Bundesrepublik lebenden Sudetendeutschen wahr, die der Erste Deutsche Bundestag im Herbst 1949 auf sich genommen hatte. Der Artikel 2 des Vertrages stellt ausdrücklich und juristisch präzise fest, daß Rechtsfolgen aus dem Vertrag weder für natürliche noch für juristische Personen entstehen. Die getroffenen Vereinbarungen schließen Berlin-West ein, was zu Beginn der zweijährigen, mühsamen Verhandlungen über die Lösung äußerst schwieriger politischer und rechtlicher Probleme nicht als selbstverständlich galt.

Der Vertrag mit Prag fügt sich fugenlos in die Verträge mit Moskau und Warschau ein. Sie dienen der friedlichen Entwicklung der Beziehungen mit den Staaten des Warschauer Paktes, fördern die Zusammenarbeit, wo es die Interessen aller geboten erscheinen lassen und nehmen endgültig Europa das Gespenst der Kriegsfurcht. Den jungen Generationen dieses Kontinents eröffnen sich nun die Perspektiven einer friedlichen Zukunft, vorbereitet von Männern, die die Schrecken des Zweiten Weltkrieges erlebten und ihre Energien nun darauf verwenden, daß sich diese Schrecken nie mehr wiederholen.

(ex/1.6.1973/bgy/ex)

Adolf Arndt - ein Anwalt der Gerechtigkeit

Der Deutsche Anwaltsverein traf eine würdige Entscheidung

Von Gerhard Jahn MdB
Bundesminister der Justiz

Heute, am 1. Juni 1973, wird auf dem Deutschen Anwaltstag in Hamburg an Adolf Arndt die erste, neugeschaffene Hans-Dahs-Gedächtnis-Plakette des Deutschen Anwaltsvereins verliehen. Damit ehrt die deutsche Anwaltschaft einen Mann, der wie kein zweiter in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes zum Sinnbild des Anwalts der Gerechtigkeit geworden ist. Adolf Arndt, der mit sensibler Gewissenhaftigkeit als Jurist und als Politiker um den mündigen Bürger kämpft, ist zugleich einer der aktivsten Verfechter in der Verwirklichung unseres Grundgesetzes, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

1954, auf dem ersten Treffen der sozialdemokratischen Juristen in Hannover, akzentvierte er in seinem berühmt gewordenen Vortrag über "Rechtsdenken in unserer Zeit", wie das Recht im Dienste der Demokratie zu stehen habe. Seitdem hat er mit der Feder, mit seinem geschliffenen Geist, auf der Tribüne des Parlaments und in den Gerichtssälen unermüdlich um die Erfüllung des Grundgesetzes gerungen. Unvergessen ist sein großer verfassungsrechtlicher Erfolg im Fernsehstreit 1961. Unvergessen sind aber auch seine Ausführungen auf dem ersten rechtspolitischen Kongreß der SPD in Heidelberg 1965, wo er das Bild des Juristen in unserer Zeit einprägsam zeichnete.

Adolf Arndt - wie könnte es bei einem so geistreichen Mann anders sein - ist nie ein bequemer Mann, weder seinen politischen Freunden noch seinen beruflichen Kollegen gegenüber. Aber auch sich selbst hat er nicht geschont. Gerade diese Wesensart des Unbestechlichen macht aber die Größe und Unanfechtbarkeit dieses Mannes aus. Daß er dabei mitreißend an den Reformaufgaben unserer Zeit arbeitet, hat er nicht zuletzt in seiner Einführungsrede auf dem 47. Deutschen Juristentag 1968 in Nürnberg bewiesen. Der Deutsche Anwaltsverein hat eine würdige Entscheidung getroffen, gerade diesen Mann als ersten mit der hohen Auszeichnung zu versehen. Sie trifft einen Mann, der sich um den sozialen Rechtsstaat, um Demokratie und Gerechtigkeit verdient gemacht hat.

(-/1.6.1973/bgy'ex)

Hamburg nutzt seine Chance

Fortschrittliche Städtebaupolitik - beispielgebend für die Bundesrepublik

Von Peter Schulz

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

In der Bundesrepublik, aber auch in vielen Ländern auf allen Kontinenten ist ein übereinstimmendes Phänomen zu beobachten: Immer mehr Menschen verlassen die Kernstädte, ziehen über die Stadtgrenzen hinaus ins Umland. Vielfach sind es gerade die jungen, dynamischen Familien, die einem solchen Trend folgen.

Auch in Hamburg haben wir diesen Trend zu verzeichnen; unsere Bevölkerung sinkt seit 1965, dem Höhepunkt unseres Zuwachses wieder ab. Aber die Statistik zeigt, daß von einer solchen Entwicklung andere Städte im Bundesgebiet noch stärker als Hamburg betroffen sind: Im zweiten Vierteljahr 1972 beispielsweise hat Düsseldorf einen Bevölkerungsverlust von 4.892, München von 3.943, Berlin von 3.503, Hamburg - erst an vierter Stelle in dieser Statistik - von 3.344 Einwohnern registrieren müssen. Setzt man die Verluste in Relation zur gesamten Einwohnerzahl, dann müßten in einer solchen Statistik Städte wie Essen, Köln oder Frankfurt noch weit vor Hamburg rangieren. Nun könnte man sich mit dieser Statistik beruhigen und die Wanderungsverluste als eine für Großstädte in hochindustrialisierten Ländern offenbar zwangsläufige Entwicklung hinnehmen. Für uns kommt weder eine Haltung des Hinnehmens und Beschwichtigens, noch eine Haltung des Latentierens in Frage. Wir müssen klarmachen, daß der Trend der Abwanderung in das Umland die Struktur der Bevölkerung auf Dauer ungünstig beeinflusst und zudem die Leistungskraft beeinträchtigt, die unsere Stadt zur Erfüllung ihrer Metropolfunktion für die gesamte Region und den norddeutschen Raum auch in Zukunft brauchen wird. Denn im Gegensatz zur Bevölkerungs- und Arbeitsstätten-Statistik stagnieren die Anforderungen der Bürger und der Region an die Stadt keineswegs. Im Gegenteil: sie steigen. Hamburg muß unverändert große, ja wachsende Leistungen beispielsweise auf dem Verkehrssektor, im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen oder bei den Theatern erbringen. Wachsende Leistungen setzen eine wachsende Wirtschaftskraft voraus. Um die steht es aber nicht gut, wenn sich zugleich mit der Abwanderung die soziologische Struktur verschlechtert, die Alterspyramide sich nach oben verbreitert und schließlich die Arbeitsplätze den nach draußen ziehenden Bürgern folgen, was zur Folge haben muß, daß die Mobilität der Arbeitnehmer in Hamburg selbst eingeschränkt wird.

All diese Einsichten haben den Hamburger Senat in seinem Entschluß bestärkt, rasch zu handeln. Wir haben das Problem als erste angepackt und uns selbst zum Ziel gesetzt: Hamburg muß wieder eine wachsende Stadt werden! Aus diesem Willen heraus habe ich bereits vor einem Jahr bei Einbringung des Flächennutzungsplanes 1973 darauf hingewiesen, daß uns mit diesem Plan ein schlagkräftiges Instrument in die Hand gegeben ist, um eine aktive Stadtentwicklungspolitik zu betreiben. Die Untersuchungen und Maßnahmen des Senats werden auf eine breite Basis gestellt sein; die Hamburger Bürger-

schaft hat die Einsetzung einer Enquête-Kommission einstimmig beschlossen.

Dabei ist eine Tatsache bemerkenswert: Die Hamburger CDU: Opposition ohne Initiative und Profil im Landesparlament, hat lange Zeit die Bemühungen des Senats teilnahmslos und schweigend hingenommen, bis sie merkte, daß es hier um mehr als Senatspolitik ging: um das Schicksal unserer Stadt, das alle gemeinsamen Anstrengungen verdient. Erst in dem Augenblick, in dem vom Senat die Wegemarken in die Zukunft jedem deutlich sichtbar gesetzt sind, hat sich die CDU auf die Verpflichtung besonnen, die auch sie als parlamentarische Opposition für Hamburg zu tragen hat.

Aufgabe der Enquête-Kommission wird sein, die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur der Hansestadt zu analysieren und die daraus erwachsenden Konsequenzen zu ziehen; ich habe es in der Bürgerschaft begrüßt, daß in dieser Frage die CDU auf unsere Linie gegangen ist.

Die Kommission wird sich in ihrer Arbeit an den Wegemarken orientieren können, die der Senat schon gesetzt hat. Der Entwurf des neuen Flächennutzungsplans eröffnet Möglichkeiten, die Stadt in vielen Bereichen zu aktivieren, ihre wirtschaftliche Kraft zu stärken, ihr einen höheren Lebenswert zu geben.

In dieses Konzept gehört vor allem die Verstärkung des Wohnungsbauprogramms. In seinem Mittelpunkt steht der Bau des neuen Stadtteils Allermöhe. Das wird eine neue Stadt für rund 75.000 Menschen mit all den Folgeeinrichtungen werden, die besonders für junge Familien das Wohnen in einem solchen Stadtteil attraktiv machen. In diesem neuen Stadtteil wird es Mietwohnungen und Eigentum, wird es die Folgeeinrichtungen, die Schulen, die Anlagen für Sport und Freizeit, wird es aber auch Arbeitsstätten geben. Ganz generell und unabhängig von Allermöhe wird der Senat ab 1974 steigende Zahlen im sozialen Wohnungsbau erreichen und die Haushaltsmittel für Jungverheirateten-Darlehen ebenso verdoppeln wie die Zahl der zu errichtenden Kindertagesheime.

Für diese Steigerung des Wohnungsbaus müssen ebenso wie für eine expansive Industrieansiedlungspolitik die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Eine davon ist der Sammlerbau, dessen finanzielle Basis in der Mittelfristigen Finanzplanung von 15 Millionen DM auf 40 Millionen DM verstärkt wird.

Wir sind uns aber bei allen Bemühungen darüber im Klaren, daß wir uns eben nicht allein auf unseren - im wahrsten Sinne des Wortes - begrenzten Raum beschränken dürfen. Hamburg ist das Zentrum einer aufstrebenden Region, und Politik für Hamburg muß umfassende, neu orientierte Struktur- und Wirtschaftsförderungspolitik für den gesamten norddeutschen Raum sein. Wir sind zu den notwendigen Konsequenzen bereit. Dazu gehört also vor allem, daß der Bund selbst die Konsequenzen aus der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, aus der Einleitung einer verbreiterten Zusammenarbeit mit der DDR, mit den Staaten im europäischen Osten zieht. Norddeutschland, die Brücke zu Skandinavien, den Inselstaaten und zum europäischen Osten muß ein neuer Schwerpunkt strukturpolitischer Maßnahmen innerhalb der Bundesrepublik werden!

In diese Überlegungen ist die Arbeit der Enquête-Kommission eingebettet. Von ihr erwarte ich eine ertragreiche Arbeit im Sinn fortschrittlicher Städtebaupolitik für Hamburg, beispielgebend aber auch für die Bundesrepublik.

(-/1.6.1973/kz, ex)

Die aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt - Staatsmann der Realität und Weitsicht (Schluß)

Von Ing. Gustav Vlahov

Vizepräsident der Bundesversammlung

Diese Würdigung des Bundeskanzlers Willy Brandt aus der Feder des Vizepräsidenten der jugoslawischen Bundesversammlung, Ing. Gustav Vlahov, erschien in der April-Ausgabe der renommierten Belgrader Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, "Internationale Politik".

"Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und die Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Das deutsche Volk braucht den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens" - sagte Brandt in der Regierungserklärung vor dem Bundestag am 28. Oktober 1969.

Als wichtigstes Ziel der sogenannten Ostpolitik sieht er die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens, beziehungsweise der Beseitigung des Mißtrauens, das als unvermeidliches Resultat der Politik der Vergangenheit entstehen mußte: "Wie einst im Westen müssen wir jetzt, unter schwierigeren Voraussetzungen, auch im Osten Hypotheken der Vergangenheit abtragen".

Brandt ist ein Vorkämpfer der Friedenspolitik, die in unserer Zeit aus der Vielfalt der Probleme die nüchternste Reihenfolge für ihre sukzessive Lösung festlegen soll. Diese Reihenfolge verläuft von den einfachen zu den verwickelten Problemen. Brandt ist überzeugt, daß Europa schließlich begreifen wird, daß die Völker des Ostens und des Westens letzten Endes ein gemeinsames Schicksal haben, das über die Linien der nationalen Grenzen reicht.

Seine Außenpolitik sieht er als Bestandteil und als Mittel einer breiteren Weltpolitik, deren Ziel es ist, den Frieden zu sichern, die Kräfte der Evolution anzuregen, eine möglichst große Zahl von Berührungspunkten zwischen den Völkern des Ostens und des Westens, zwischen den Blöcken zu finden.

Kritisch anderen gegenüber, aber auch gegen sich selbst, ist er ausdauernd und beharrlich in dem, woran er glaubt, und zielbewußt und geduldig in dem Bemühen, seine Überzeugungen zu verwirklichen. Er ist niemals ausschließlich, außer in Bezug auf die Vergangenheit, in Bezug auf jene zwölf Jahre des finsternen und blutigen Hitlerregimes, das so tiefe Spuren hinterlassen, zu glühendster Brutalität in menschlichen und internationalen Beziehungen geführt hat. Von hitlerischen Abrechnungsmethoden auf Grund von Fälschungen und Verleumdungen war auch Brandt nicht verschont geblieben.

"Ich bin nicht gewillt, mich von dem als richtig erkannten Weg abbringen zu lassen, auch nicht durch Rückschläge und Ent-

täuschungen". Und an anderer Stelle fügt er hinzu: "...wer sich selbst isoliert, der stellt sich gegen den Strom der Zeit".

In Brandts Thesen und Betrachtungen über die Länder der Dritten Welt finden wir, daß er sich kategorisch für Solidarität mit ihren Bestrebungen und für Unterstützung ihrer Entwicklung einsetzt. In seiner Feststellung, "Keine der jungen Nationen hat ihre Freiheit gegen Deutschland erringen müssen" sieht Brandt eine günstige Gegebenheit zur Zusammenarbeit und Hilfeleistung diesen Ländern und ihrer Entwicklung. Die prinzipielle Grundlage der Zusammenarbeit ist folgendes: "Unser Verhältnis zu den einzelnen Staaten ist von dem Prinzip der Nichteinmischung in ihre inneren und äußeren Angelegenheiten geleitet".

Aber ein deutscher Kanzler, sozialdemokratischer Leader, um sich nicht nur an der Macht zu halten, sondern auch seine Konzeptionen und die Politik seiner Partei unter den schwierigen Bedingungen, die wir oben erwähnt haben, wirksam durchführen zu können, bedarf, außer kühner Schritte und Erfolge auf außenpolitischer Ebene, auch einer realen und klaren Innenpolitik, die greifbare Ergebnisse zeigt. "Wir sind nach außen nur so stark wie wir im Innern sind" - sagt Brandt im Vorwort zu seinem Buch "Friedenspolitik in Europa".

In seiner Erklärung zum 25. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1970 im Bundestag, in der er den zurückgelegten Weg und die Schwierigkeiten und Verdienste des deutschen Volkes am Wiederaufbau und in der Entwicklung seines Landes hervorhob, sagte Brandt: "Dieses deutsche Volk hat sich 1945 verbissen und fleißig an die Arbeit gemacht - in beiden Teilen Deutschlands".

Indem er über die neuen Formen der staatlichen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg sprach, wobei er nicht unterließ zu sagen, daß die Verfassung ständiger Verbesserungen und Ergänzungen bedarf, stellte Brandt fest: "Die Kraft unserer neuen Demokratie hat es ermöglicht, daß - anders als nach dem Ersten Weltkrieg - alle Parteien in diesem Hohen Hause (dem Bundestag) fest auf dem Boden der Verfassung stehen". Und in diesem Zusammenhang wünscht er den Unterschied aufzuzeigen, der zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik besteht: "Das Bewußtsein der gemeinsamen Treue zum Grundgesetz sollte es uns ermöglichen, bei unseren politischen Auseinandersetzungen jene Grenzen zu erkennen und zu beachten, jenseits derer sich Gefahren für die Demokratie ergeben. Die Weimarer Republik ist ja auch daran zugrunde gegangen, daß politische Parteien diese Grenze nicht eingehalten haben".

Unsererseits möchten wir gerne, daß seine These nicht unemerkt bleibt, daß "Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein werden".

Er ist Gegner verschiedener Programme, die zu Fettschen und Dogmen werden und beruft sich gern auf Wilhelm Liebknecht, der schon im vorigen Jahrhundert gesagt hat, daß "Programme nicht zu papiernen Päpsten werden dürfen". Er ist Anhänger einer stetigen Entwicklung, jedoch Gegner schneller und übereilter Veränderungen: "Ich kann nicht ausschließen, daß künftige Generationen zu Er-

kenntnissen gelangen werden, die uns noch verschlossen sind". "Eine umfassende Theorie des demokratischen Sozialismus, der modernen Sozialdemokratie braucht Zeit." Sehr Überzeugend erklärt er: "Was wir jedoch dringend brauchen, das ist ein gesellschafts-politisches Gesamtkonzept, ein quantifiziertes Langzeitprogramm der deutschen Sozialdemokraten". Diese Gedanken wurden auf dem SPD-Parteitag in Saarbrücken am 13. Mai 1970 dargelegt: "Sozialdemokratie ist nicht nur ein Parteilname, sondern auch eine geistig-politische Strömung".

Wo immer Willy Brandt gewirkt hat - als Bürgermeister von Westberlin in einem sehr heiklen und schwierigen deutschen, europäischen und weltweiten Augenblick, als Vizekanzler und Außenminister oder als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland und Chef der SPD, sein Wirken hinterläßt tiefe und unverwischbare Spuren. Es hat seine Zeit gebraucht, bis das deutsche Volk Willy Brandt verstanden und angenommen hat, wie auch er Zeit gebraucht hat, sich einzufügen, einzuleben und mit seinen Worten und Taten dauernd in dieser Mitte zu bleiben:

Der Präsident des sozialistischen Jugoslawien, Josip Broz Tito hat in seinem dem Redakteur der Agrarer Zeitung "Vjesnik" am 5. Februar 1973 gewährten Interview der Persönlichkeit Willy Brandts viel Raum gewidmet.

"Es ist bekannt, daß wir sehr zufrieden waren, als Bundeskanzler Brandt begann, eine flexible Politik zu führen. Das ist eine große Sache, daß bedeutet Mut. Und es ist ein Glück, daß es ihm gelang, daß er mit einer unbedeutenden Mehrheit diese Politik führen konnte. Heutzutage kann man noch nicht abschätzen, was dies für ganz Europa, und nicht nur für die BR Deutschland, für Polen usw. bedeutet"... "Bundeskanzler Brandt hat tatsächlich eine Politik geführt, die bedeutende Resultate gebracht hat. Und Berlin ist nicht mehr der neuralgische Punkt, der es war"... "Das ist ein sehr weit voraussehender Staatsmann"... "Brandt hat mit seiner Politik den Konflikt zwischen Ost und West sehr gemildert und das war nicht einfach"... "Mit seinen diplomatischen Erfolgen hat Brandt die Hypothek gelöscht. In Europa gibt es keine Kriegseuphorie, keine Drohungen oder ähnliches mehr. Und das ist eine große Sache. In Europa gibt es keine so starken neuralgischen Punkte mehr wie vor einigen Jahren. Zum Beispiel um Berlin. Das ist vorüber. Das liegt hinter uns. Jetzt ist es schon an der Zeit, mit der ernsthaften Lösung von neuen Problemen zu beginnen und zwar durch Gespräche und Verhandlungen, eine andere Alternative besteht nicht."

Die Worte von Präsident Josip Broz Tito drücken die Ansichten unseres Landes und unserer Völker über Bundeskanzler Willy Brandt aus.
(-1.6.1973/ks/ex)